Deutscher Bundestag **Drucksache 19/31527**

19. Wahlperiode 13.07.2021

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Wieland Schinnenburg, Michael Theurer, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/31200 –

Aktivitäten Deutschlands zur Aufdeckung der Ursache für die COVID-19-Pandemie

Vorbemerkung der Fragesteller

Aus noch ungeklärter Ursache ist Ende 2019 in China (gemeint ist immer die Volksrepublik China) COVID-19 ausgebrochen, es hat seitdem weltweit mehr als 3,5 Millionen Todesopfer gefordert (https://coronavirus.jhu.edu/map.html). Bisher gibt es verschiedene Thesen über den Ausbruch des Virus, von denen zwei besonders Beachtung finden.

Die erste These besagt, dass das Virus an einem Markt in der chinesischen Millionenstadt Wuhan zuerst ausgebrochen und von einem Tier auf einen Menschen übergesprungen ist. Anfang 2021 wurde der besagte Markt von einer WHO-Delegation inspiziert, die im Zuge der Untersuchung die Notfallmaßnahmen der chinesischen Regierung zu Beginn der Pandemie würdigte (https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/120706/WHO-Experten-inspizieren-Huanan-Markt-in-Wuhan).

Die zweite These besagt, dass COVID-19 in einem Labor in Wuhan, in dem Experimente mit Viren vorgenommen werden, auf Menschen übertragen wurde. In Deutschland wurde diese These im Februar 2021 von Prof. Dr. Roland Wiesendanger, einem Nanowissenschaftler der Universität Hamburg vertreten (https://www.uni-hamburg.de/newsroom/presse/2021/pm8.html). Er erntete in der Öffentlichkeit viel Kritik (https://www.zeit.de/2021/13/roland-wiesendanger-corona-ursprung-labor-china-physikprofessor-universitaet-hamburg). Ein Bericht des „Wallstreet Journals“, der sich auf US-Geheimdienste beruft, gab der Labor-These zuletzt neuen Aufwind (https://www.wsj.com/articles/intelligence-on-sick-staff-at-wuhan-lab-fuels-debate-on-covid-19-origin-11621796228). US-Präsident Joe Biden hat Ende Mai 2021 seine Geheimdienste aufgefordert, die Untersuchungen nach dem Ursprung von COVID-19 zu intensivieren (https://www.cnn.com/2021/05/26/politics/biden-intelligence-community-pandemic-origins-report/index.html).

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Auswärtigen Amts vom 13. Juli 2021 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung setzt sich für eine umfassende und transparente Aufklärung der Ursprünge von SARS-CoV-2 ein, um daraus Schlüsse für eine verbesserte Pandemieprävention in der Zukunft ziehen zu können. Gleichzeitig ist der Bundesregierung bewusst, dass einer solchen gründlichen Aufarbeitung zeitintensive, teils jahrelange wissenschaftliche Studien vorausgehen, wie die Erfahrungen bei der Aufklärung der Ursprünge von SARS oder auch Ebola zeigen. Wissenschaftlich gesicherte Ergebnisse sind kurzfristig wahrscheinlich nicht zu erreichen.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass eine unabhängige Untersuchung durch die dazu legitimierten und befähigten internationalen Organisationen unter Heranziehung entsprechender wissenschaftlicher Expertise erfolgen muss. Deswegen unterstützt die Bundesregierung die durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) geleitete unabhängige Expertenmission. Gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft hat sich Deutschland frühzeitig für eine Aufarbeitung durch die WHO eingesetzt. Auf der 73. Weltgesundheitsversammlung (WHA) im Mai 2020 verabschiedeten die WHO-Mitgliedstaaten eine von der EU eingebrachte Resolution (Resolution 73.1, https://apps.who.int/gb/ebwha/pdf_files/WHA73/A73_R1-en.pdf), die die WHO in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen, insbesondere der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und der Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE), zur Erforschung der Ursprünge von SARS-CoV-2 und seiner Übertragungswege auf den Menschen auffordert. Daraufhin reiste im Juli/August 2020 ein Expertenteam der WHO nach China, um Vorbereitungen für eine spätere unabhängige Expertenmission zu treffen. Die Bundesregierung vertritt die Auffassung, dass eine gründliche Aufarbeitung nur durch umfangreiche Transparenz und vollständigen Zugang der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu allen erforderlichen Daten möglich ist. Dies hat die Bundesregierung auch gegenüber der chinesischen Seite immer wieder deutlich gemacht. Im Anschluss an die Vorabmission wurden in Abstimmung mit der chinesischen Seite die Rahmenbedingungen für weitere Studien erarbeitet und ein internationaler Expertenaufruf veröffentlicht. Das aus zehn internationalen Experten, darunter ein Experte des Robert-Koch-Instituts (RKI), und Vertretern von WHO, FAO und OIE bestehende internationale Expertenteam reiste im Januar 2021 nach Wuhan. Es war ein Ergebnis intensiver bilateraler und multilateraler Bemühungen und ein erster notwendiger Schritt, dass die chinesische Seite dem internationalen Expertenteam Zugang zu wichtigen Anlaufstellen in Wuhan ermöglicht hat. Der Ende März 2021 veröffentlichte Bericht des Expertenteams und der chinesischen Seite (https://www.who.int/health-topics/coronavirus/origins-of-the-virus) zu den Ergebnissen des Forschungsaufenthalts verdeutlicht, dass weitere systematische Analysen erforderlich sind. Die Bundesregierung hat in verschiedenen Foren ihre Forderung nach zeitnahen, transparenten, von Experten geleiteten und wissenschaftsbasierten weiteren Studien unter Leitung der WHO bekräftigt und unterstützt mit Nachdruck die Forderung von WHO-Generaldirektor Dr. Tedros, dass der Zugang zu weiteren Informationen gewährleistet werden muss. Bei den 6. Deutsch-Chinesischen Regierungskonsultationen im April 2021 hat die Bundesregierung die Regierung der Volksrepublik China erneut zu Kooperation und Transparenz sowie zu weiteren wissenschaftlichen Untersuchungen in China ermutigt.

1. Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um den Ursprung von COVID-19 zu untersuchen?

   a) Welche Behörden sind daran beteiligt?

   b) Welche finanziellen Mittel wurden hierfür bisher aufgewendet?

c) Welche Ergebnisse hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang bisher erzielt?

Die Fragen 1 und 1a bis 1c werden zusammen mit der Frage 2 beantwortet.

2. Was plant die Bundesregierung in Zukunft, um den Ursprung von COVID-19 zu untersuchen?

Zur Beantwortung der Fragen 1, 1a bis 1c und 2 wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen. Die Bundesregierung unterstützt eine unabhängige Aufarbeitung durch internationale Experten unter Leitung der WHO. Diese dauert an.

3. Wie unterstützt die Bundesregierung die WHO, den Ursprung von COVID-19 zu untersuchen?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen. Neben der finanziellen und personellen Unterstützung der WHO als einer der größten Geber unterstützt Deutschland die WHO auch in politischer Hinsicht. Als eine der Lehren aus der Pandemie ist die Bundesregierung der Auffassung, dass das allgemeine Mandat der WHO bei der Analyse von Ausbruchsgeschehen vor Ort gestärkt und ausgeweitet werden muss. Dafür setzt sich die Bundesregierung bei den laufenden Diskussionen zur Stärkung der WHO als zentrale Akteurin der Globalen Gesundheit und Koordinatorin bei Gesundheitsnotständen ein.

Im Übrigen ist die Bundesregierung überzeugt, dass die Risiken von Krankheiten, die sich zwischen Tier und Mensch ausbreiten können, besser antizipiert und vermieden werden müssen. Sie setzt sich daher für den sogenannten „One Health“ Ansatz ein. So unterstützt die Bundesregierung die Zusammenarbeit der WHO mit FAO, OIE und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), z. B. durch den Aufbau des „One Health High Level Expert Panel“, das im Mai 2021 seine Arbeit aufgenommen hat.

4. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu der Marktausbruch-These und zur Laborausbruch-These, und wie bewertet sie diese Thesen?

Die Rekonstruktion der Ursprünge und ersten Übertragungswege auf den Menschen dauert an. Eine wissenschaftlich fundierte Bewertung bestimmter Thesen ist bislang nicht möglich.

5. Hat die Bundesregierung sich über den WHO-Bericht zum Ursprung von COVID-19 (https://www.who.int/publications/i/item/who-convened-global-study-of-origins-of-sars-cov-2-china-part) eine Meinung gebildet, und wenn ja, welche?

a) War dieser Bericht Gegenstand von Kabinetts- oder Ministeriumssitzungen, und wenn ja, wann?

b) Gab es über den Bericht einen Austausch mit anderen Staaten, und wenn ja, in welchem Rahmen, und mit welchem Ergebnis?

Die Fragen 5, 5a und 5b werden zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung hat Kenntnis von dem Bericht und hat dessen Aussagen in verschiedenen Gremien diskutiert. Die Bundesregierung bewertet den Bericht als ersten Schritt bei der Rekonstruktion der Ursprünge des Virus. Wie aus

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

dem Bericht hervorgeht, sind weitere systematische Studien erforderlich. Daher ist eine abschließende Bewertung noch nicht möglich. Die Bundesregierung steht hierzu über multilaterale Foren, etwa die WHO in Genf und den Kreis der G7-Staaten, wie auch bilateral im Austausch mit ihren internationalen Partnern.

6. Hat es aus dem Unterzeichnerkreis des „Joint Statement on the WHO-Convened COVID-19 Origins Study“ (https://www.state.gov/joint-statement-on-the-who-convened-covid-19-origins-study/) Anfragen an Deutschland gegeben, das Statement zu unterstützen, und wenn ja, wie hat Deutschland aus welchen Gründen hierauf reagiert?

Die Bundesregierung stand zu dem erwähnten Joint Statement in Kontakt mit den Vereinigten Staaten von Amerika und weiteren Unterzeichnern. Die Bundesregierung hat auf die Veröffentlichung des WHO-Berichts gemeinsam mit ihren europäischen Partnern mit einem Statement der EU-Mitgliedstaaten reagiert und darin ihre Erwartungen an den weiteren Prozess formuliert (https://eeas.europa.eu/delegations/un-geneva/95960/eu-statement-who-led-covid-19-origins-study_en).

7. Wie bewertet die Bundesregierung das Verhalten Chinas in Bezug auf die Aufklärung des Ursprungs von COVID-19, insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Bundesminister des Auswärtigen Heiko Maas China im Mai 2020 zu mehr Transparenz aufgefordert hatte (https://www.zdf.de/nachrichten/politik/coronavirus-ursprung-china-maas-100.html) und es von chinesischer Seite Versuche gegeben hat, Einfluss auf deutsche Ministerialbeamte zu nehmen (https://www.welt.de/politik/deutschland/article207501567/Coronavirus-Bundesregierung-bestaetigt-chinesische-Einflussversuche.html)?

   a) Ist China der Aufforderung von Außenminister Heiko Maas zu mehr Transparenz nach Auffassung der Bundesregierung nachgekommen (bitte begründen)?

   b) Wann hat die Bundesregierung China erstmals aufgefordert, Viruproben von COVID-19 zur Verfügung zu stellen, und wann ist China dieser Aufforderung nachgekommen?

8. Welche Anfragen bzw. Anforderungen an die chinesische Regierung im Zusammenhang mit der Aufklärung des Ausbruchs von COVID-19 und der Erforschung von COVID-19 hat die Bundesregierung wann an China gestellt, und wann und wie ist China diesen Anforderungen bzw. Anfragen nachgekommen?

Zur Beantwortung der Fragen 7 und 8 wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333